

- | | |
|---|---|
| 4 | Vorstellung der Arbeit der Kreisvolkshochschule, Dr. Stephanie Fries, Leitung der KVHS |
| 5 | Bewerbung des Landfrauenkreises für das Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik! in Kooperation mit den Landkreisen Nienburg und Diepholz |
| 6 | Verschiedenes |

Anlagen

- Anlage 1: PowerPoint Präsentation von Frau Stadtlander zur Erhöhung der Krippengebühren im Flecken Ottersberg
- Anlage 2: „Stillstand beenden – moderne Gleichstellungspolitik verwirklichen und als Land vorangehen“, Drucksache 19/533, Nds. Landtag
- Anlage 3: PowerPoint Präsentation zum Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!
- Anlage 4: Materialien zum Angebot der Frauenberatung

Protokoll über die Sitzung des Kreisfrauenrates vom 16. Februar 2023

TOP Bezeichnung/Ergebnis

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Frau Karin Labinsky-Meyer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreterin der Presse.

Sie berichtet, dass das Jahr 2022 mit Krisen endete und das Jahr 2023 mit weiteren Krisen begonnen hat. Doch auch wenn es schwierig sei, wünscht sie allen weiterhin Gesundheit und Zuversicht. Sie teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 4 leider ausfallen müsse, da Frau Dr. Fries erkrankt sei. Außerdem weist sie auf die neue Uhrzeit der Sitzungen hin, die nun immer um 16 Uhr beginnen.

Im Anschluss stellt Karin Labinsky-Meyer die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreisfrauenrates vom 13.10.2022

Das Protokoll vom **13.10.2022** wird mit zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

3. Bericht des Vorstandes, u. a.:

3.1 Aktionen im Landkreis anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März

Dr. Kerstin Blome berichtet über die verschiedenen Aktionen in Verden, insbesondere eine Demonstration am 08.03. in der Verdener Innenstadt unter dem Motto „Wir streiten für Demokratie: Feminismus 2.3“. Im Anschluss an die Demonstration findet ein Infomarkt vor dem Rathaus statt, auf dem sich verschiedene Institutionen präsentieren.

Annie Noak verweist auf den Plakatworkshop, der am 22.02.2023 ab 14 Uhr in der KVHS stattfindet.

3.2 Vorstellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten im Flecken Langwedel

Karina Matos Appolt stellt sich vor und sagt, dass sie sehr glücklich darüber sei, dass sie an der Sitzung teilnehmen könne. Außerdem berichtet sie über ihre Familie und ihren beruflichen Werdegang. Sie war in Brasilien u.a. als Architektin tätig. Zurzeit leitet sie, neben ihrer Tätigkeit als Gleichstellungsbeauftragte im Flecken Langwedel ehrenamtlich eine AG an einer Oberschule in Langwedel. Sie schließt ihre Vorstellung mit der Hoffnung, dabei helfen zu können, das gemeinsame Ziel der Gleichstellung zu verwirklichen.

Karin Labinsky-Meyer weist darauf hin, wie wichtig feministische Architektur sei.

Marlies Meyer macht in dem Zusammenhang auf das diesjährige Motto des Equal Pay Day aufmerksam: Die Kunst der gleichen Bezahlung. Ziel des EPD 2023 sei es, auf die große Lohnlücke für Frauen in Kunst und Kultur aufmerksam zu machen. Ob dazu im April eine Aktion im Landkreis stattfindet, werde am 21.03. bei einem Treffen des Netzwerkes kreativ³ besprochen.

3.3 Aktueller Stand zum Thema Krippen-Gebühren im Flecken Ottersberg

Karin Labinsky-Meyer berichtet, dass die Spanne in Bezug auf die Krippen-Gebühren in den Kommunen des Landkreises sehr groß sei. Dadurch habe sich die Betreuungssituation einiger Familien dramatisch verschlechtert.

Kerstin Gliesche erläutert, dass die Gebühren durch die neue Staffelung erhöht wurden und weniger differenziert seien, weswegen Eltern schneller in eine höhere Gruppe gelangten. Ein Antrag auf eine Neuberechnung der Stufen wurde im Gemeinderat abgelehnt, da die Verwaltung damit argumentiere, dass erstmal abgewartet und die kommenden Anmeldungen ausgewertet werden müssten. Elternbefragungen hätten jedoch ergeben, dass viele Eltern ihre Betreuungszeit verkürzen oder in Einzelfällen das Kind ganz aus der Kita nehmen und es Zuhause betreuen, da sich dies teilweise für Eltern finanziell mehr lohne.

Karin Labinsky-Meyer äußert, dass es nicht sein könne, dass im gleichen Landkreis die Gebühren einmal 200 € und einmal 800 € betragen und drängt darauf, dass der Kreisfrauenrat sich weiter mit dem Thema beschäftigt.

Ein weiterer Diskussionspunkt ist die nachschulische sowie die Ferienbetreuung in Ottersberg. Das Angebot wurde aufgrund rückläufiger Anmeldezahlen eingestellt. Hier besteht vermutlich ein Zusammenhang mit vergleichsweise hohen Gebühren.

Von Angela Günther-Sogorski wird angemerkt, dass die Kosten so hoch seien, da eine Fremdbetreuung eingekauft werden müsse.

Dr. Dörte Liebetruh ergänzt, dass ab 2026 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bestehe, und es daher nicht sein könne, dass Kommunen im Landkreis eine gegensätzliche Richtung einschlagen, indem nachschulische Betreuung abgeschafft werde. Ohne eine verlässliche Betreuung könnten keine beruflichen Termine etc. geplant werden, was mehrheitlich die Frauen betreffe. Sie ist der Ansicht, dass die Einrichtungen Zuschüsse in qualitative Betreuung und Personal investieren sollten und kündigt an, die Diskussionspunkte mit in den Landtag zu nehmen, um weiter Druck aufzubauen.

Im Anschluss berichtet Frau Stadtländer, eine Mutter aus Ottersberg, über die genauen Auswirkungen der neuen Krippengebühren (siehe Präsentation im Anhang, Anlage 1). U.a. zeigt Frau Stadtländer eine Übersicht, in der die alten den neuen Krippengebühren gegenübergestellt werden. Sie erläutert, dass auf den ersten Blick die Beiträge der einzelnen Stufen nicht stark gestiegen seien, allerdings habe sich die Berechnungsgrundlage verändert, wodurch Eltern schneller hochgestuft würden. So kommen Erhöhungen von rund 200 € zustande. Laut einer Abfrage

haben einige Eltern bereits die Kitazeiten und somit in der Folge auch die Arbeitszeiten reduziert. Eltern nähmen auch lieber eine längere Elternzeit, sodass die Kinder erst mit 2,5 Jahren in die Kita kämen.

Angela Günther-Sogorski ergänzt, dass vor allem Mütter ihre Arbeitszeit reduzieren würden, was sich nicht nur negativ auf die spätere Rente, sondern auch auf die nicht vorhandene pädagogische Betreuung der Kinder auswirke.

Karin Labinsky-Meyer fragt nach, ob schon über eine Klagemöglichkeit nachgedacht wurde.

Frau Stadtlander weist auf die nicht vorhandene Möglichkeit einer Sammelklage in Deutschland hin. Ein Vater habe wohl geklagt, allerdings wurde die Klage vom Verwaltungsgericht nicht zugelassen. Außerdem hätten die Eltern vielfach andere Sorgen, bspw. Eltern, die keine Familie in der Nähe hätte, die die Betreuung des Kindes teilweise übernehmen könnten. Dies habe häufig zur Folge, dass die Mütter ihre Arbeitszeit reduzierten.

Karin Labinsky-Meyer stellt abschließend klar, dass der Kreisfrauenrat das Thema auf jeden Fall weiterverfolgen werde

3.4 Kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsartikeln in den Schulen des Landkreises

Karin Labinsky-Meyer berichtet, dass es in anderen Städten und Landkreisen bereits üblich sei, die Periodenprodukte kostenlos zur Verfügung zu stellen und schlägt daher vor, einen Antrag in den Kreistag einzubringen, damit ein entsprechendes Pilotprojekt an einer Schule im Landkreis durchgeführt werde.

Angela Günther-Sogorski ergänzt, dass der Rat der Stadt Verden bereits beschlossen habe, versuchsweise Menstruationsartikel an Schulen und in bestimmten anderen öffentlichen Gebäuden kostenfrei anzubieten.

Ulrike Helberg-Manke erkundigt nach der Höhe der entstehenden Kosten, woraufhin Angela Günther-Sogorski erwidert, dass diese von der Menge der bereit gestellten Artikel abhängig sei und zurzeit noch keine aktuellen Zahlen vorlägen.

Kira Sophie Georg merkt an, dass eine solche Bereitstellung auch schon eigeninitiativ von Studentinnen organisiert wurde. Sie ist der Meinung, dass dieses Angebot flächendeckend angeboten werden sollte.

Dr. Kerstin Blome ergänzt, dass viele Landkreise Menstruationsartikel zur Verfügung stellen würden und auch die Kosten trügen. Der Landkreis Stade beispielsweise biete die Artikel auch im Landkreisgebäude an. Sie ist der Meinung, dass das Angebot überall dort bereitgestellt werden sollte, wo es gebraucht werde, also an alle Schulen des Landkreises und auch in weiteren öffentlichen Gebäuden.

Kira Sophie Georg weist noch darauf hin, dass der geplante Antrag dazu führen würde, dass nicht alle Schüler*innen im Landkreis dieses Angebot erhielten, da er sich nur auf die Schulen in Trägerschaft des Landkreises beziehe, und schlägt daher vor, einen Apell in den Antrag aufzunehmen, dass die Kommunen des Landkreises das Angebot ebenfalls bereitstellen sollen.

Karin Labinsky-Meyer fasst zusammen, dass ein Antrag im Kreistag gestellt wird, in dem der Kreisfrauenrat fordert, dass der Landkreis Verden kostenfrei Menstruationsartikel in allen seinen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung stellt und an die Städte und Gemeinden appelliert dies ebenfalls zu tun.

Der Antrag wird einstimmig mit einer Enthaltung angenommen.

3.5 Stellungnahme der frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktion der Landesregierung in Niedersachsen zum Stand der Novellierung des NGG

Dr. Dörte Liebethuth berichtet von einem gemeinsamen Antrag der Fraktion SPD und der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen, mit dem die Fraktionen den Stillstand in Sachen Novellierung des NGG beenden wollen und sich für eine moderne Gleichstellungspolitik einsetzen. Sie stellt im Anschluss den Antrag inhaltlich vor und erwähnt, dass dieser in der kommenden Woche in die Planungssitzung eingebracht werde (siehe dazu Drucksache 19/533, Anlage 2).

3.6 Leitlinie zum Schwangerschaftsabbruch

Karin Labinsky-Meyer berichtet von einem Artikel, der im Ärzteblatt erschienen ist, und auf die neue Leitlinie der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe zu den medizinischen Verfahren und Vorgehensweisen bei einem Schwangerschaftsabbruch verweist (S2k-Leitlinie „Schwangerschaftsabbruch im 1. Trimenon“). Die Empfehlungen der Leitlinie richten sich an Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, sowie an Beratungsstellen (Quelle: [Deutsches Ärzteblatt 2023; 120\(6\): A-260 / B-226](#)).

In der anschließenden Diskussion weist Regine Balk darauf hin, dass es im Landkreis derzeit keine Möglichkeit eines medikamentösen Abbruchs gebe und dass daher eine Evaluation sinnvoll wäre, die erhebt, warum Gynäkolog*innen diese Methode nicht anbieten. Sie weist zudem darauf hin, dass abgesehen von der Aller Weser Klinik, auch kein*e Arzt/Ärztin einen chirurgischen Abbruch anbiete.

Aus dem Plenum kommt der Vorschlag, dass die Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises eine entsprechende Anfrage bei den Gynäkolog*innen im Landkreis stellen könnten. Für und Wider einer solchen Abfrage werden kontrovers diskutiert. Gitta Stahl äußert Bedenken und fordert, mit dem Thema sehr sensibel umzugehen, um den Eindruck zu vermeiden, der Kreisfrauenrat befürworte Abbrüche.

4. Vorstellung der Arbeit der Kreisvolkshochschule, Dr. Stephanie Fries, Leitung der KVHS

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund von Krankheit.

5. Bewerbung des Landkreises für das Aktionsprogramm Kommune – Frauen in die Politik!

Dr. Kerstin Blome stellt das Programm kurz vor (siehe dazu Anlage 3). Das Ziel dieses Programms ist es, den Frauenanteil in den Kommunalvertretungen zu erhöhen. Geplant ist eine gemeinsame Bewerbung der Landkreise Diepholz, Nienburg und Verden.

Gitta Stahl fragt daraufhin, wie viel Basisarbeit dabei auf die Landkreise zukommen werde.

Dr. Kerstin Blome erläutert, dass dies in den Landkreisen unterschiedlich sein könne, dass aber die von allen drei Landkreisen gemeinsam zu bildende Steuerungsgruppe sich mindestens dreimal treffen müsse, um klare Zielvorgaben aufzustellen und deren Umsetzung zu begleiten.

Karin Labinsky-Meyer fragt, ob die Landräte der Landkreise sich bereit erklärt hätten, an der Steuerungsgruppe mitzuwirken. Daraufhin erklärt Dr. Kerstin Blome, dass der Landrat des Landkreises Nienburg sich dazu bereiterklärt habe.

Karin Labinsky-Meyer wünscht viel Erfolg für die nächsten Schritte, und sichert eine Begleitung durch den Kreisfrauenrat zu.

6. Verschiedenes

Kira Sophie Georg weist im Namen von Dr. Dörte Liebetruth auf den am 04.03.23 in Hannover stattfindenden Verdi-Frauenkongress hin, der auch für Nichtmitglieder von Verdi offenstehe.

Marlies Meyer erinnert daran, dass am 24.02. der Krieg zwischen der Ukraine und Russland ein Jahr alt wird und aus diesem Anlass die „Omas gegen Rechts“ eine Mahnwache veranstalten würden.

Regine Balk weist auf eine neue Internetseite zu Thema Antifeminismus hin (www.antifeminismus-melden.de) und auf das von ihr bereitgestellte Infomaterial der Frauenberatungsstelle (siehe dazu Anlage 4).

Außerdem gibt sie bekannt, dass sie sich aus dem Kreisfrauenrat in den Ruhestand verabschiede. Sie bedankt sich für die tolle Zeit und äußert noch den Wunsch, dass ein Aktionsplan gegen Gewalt wie in Bremen, auch für den Landkreis Verden umgesetzt würde.

Karin Labinsky-Meyer bedankt sich herzlichst bei Regina Balk für ihr langjähriges Engagement im Kreisfrauenrat.

Brigitte Henß berichtet von dem Benefizkonzert des Polizeiorchesters Niedersachsen, das am 24.03.23 zugunsten von Frauen helfen Frauen e.V. und der Frauenberatung Verden e.V. stattfindet.

Die Sitzung wird von Karin Labinsky-Meyer um 18:12 Uhr geschlossen.